

Kirche und Staat im heutigen Polen

Es gibt im Bereich der osteuropäischen Staaten kein Land, dessen kirchlich-politische Entwicklung der Volksrepublik Polen annähernd vergleichbar wäre. Kein anderes Land des sozialistischen Lagers kann in seiner Geschichte eine so enge Verflechtung von Kirche und Staat nachweisen, daß auch heute — nach der offiziellen „Trennung“ — die Gleichung „polnisch sein heißt katholisch sein“ noch nicht überholt ist und Kardinal *St. Wyszyński* noch im Oktober 1966 von der Einheit von nationaler und religiöser Kultur sprechen konnte. Und nach der sowjetischen Zeitschrift „*Nauka i Religija*“ (November 1966) gilt das heutige Polen als „eines der interessantesten Experimente der Geschichte . . . , ein Land, das sozialistisch und katholisch zugleich ist, ein einzigartiges Phänomen in Europa, ja in der ganzen Welt“.

Diese von „*Nauka i Religija*“ angedeutete Tatsache, daß sich im heutigen Polen zwei entgegengesetzte Weltanschauungen gegenüberstehen, hat — wie allgemein bekannt — in der Nachkriegszeit zu einer nicht abreißen den Kette von Zusammenstößen zwischen Kirche und Regime geführt, die für die Kirche zum Teil existenzbedrohend waren und deren Etappen hinlänglich bekannt sind. Zu den letzten schärferen Spannungen zählt die Verweigerung des Ausreisevisums für Kardinal *Wyszyński* zur Teilnahme an der Bischofssynode 1967 in Rom, die „*Zycie Warszawy*“ (29. 9. 67) mit der unverändert „unfreundlichen und illoyalen Haltung“ des Kardinals zum polnischen Staat begründete. Die Brüskierung des Kardinals führte zur Solidarisierung des polnischen Episkopats. Die Amtsbrüder, die ausreisen durften, verzichteten damals auf ihre Teilnahme an der Synode, und der Gesamt episkopat ließ am 15. Oktober von allen Kanzeln eine Erklärung verlesen, in der der Regierung vom Episkopat „ernsthafte Beschränkung der Religionsfreiheit“ vorgeworfen wurde.

Ein zweites Kommuniqué des Episkopats, das am 29. Oktober 1967 ebenfalls von den Kanzeln verlesen wurde, verschärfte die Spannung. In ihm protestierten die Bischöfe gegen den Anspruch des Staates, den Religionsunterricht nicht nur in den sog. „katechetischen Zentren“, sondern auch in Kirchen und Kapellen zu überwachen sowie von den Geistlichen eine Inventur des Kirchenbesitzes für steuerliche Zwecke zu verlangen. Mehrere Priester waren verhaftet und verurteilt worden, weil sie dieser Forderung auf Grund bischöflicher Anweisung nicht nachgekommen waren. Auf dieses Kommuniqué reagierte die Parteipresse mit einem scharfen Artikel in „*Zycie Warszawy*“ und „*Trybuna Ludu*“ (2. 11. 67) und warf dem Episkopat „gesamtgesellschaftliche und politische“ Ambitionen vor.

Erste Zeichen der Entspannung

Seitdem hat sich aber — von Reibereien abgesehen — die Konfliktsituation zwischen Kirche und Regierung weitgehend entschärft. Eine ganze Reihe von Zeichen der Zurückhaltung in den letzten zwei Jahren deuten auf die beiderseitige — wenn auch wohl verschieden motivierte — Bereitschaft zu einem *modus vivendi* hin. So wurde noch

während der damaligen Zusammenstöße Anfang Oktober 1967 aufmerksam eine Reise des ZK-Sekretärs *Z. Kliszko* nach Rom registriert. Wenn er auch — offiziell — nur Gespräche mit Spitzenfunktionären der italienischen KP führte, so kam er doch in Begleitung des ZK-Mitglieds *A. Werblan*, der bereits im Herbst 1966 in Polen mit Erzbischof *A. Casaroli*, dem Sekretär des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, verhandelt hatte. Seit Weihnachten 1967 hatte die gemischte Kommission unter *B. Dabrowski*, dem Weihbischof von Warschau, und *A. Skarzynski*, dem Leiter des staatlichen Kirchenamtes, nach siebenmonatiger Unterbrechung ihre Verhandlungen über die Frage der staatlichen Inspektion der Seminare in aller Stille wiederaufgenommen. Ende Januar 1968 hielt sich der Generalsekretär der Bischofssynode, Bischof *L. Rubin*, zuständiger Ordinarius für die Exilpolen, in Warschau auf. Vor seiner Abreise hatte er eine Privat audienz mit dem Papst. Er nahm an der Vollversammlung der polnischen Bischöfe teil und führte Gespräche mit den Kardinalen *St. Wyszyński* und *K. Wojtyła* und mit dem Apostolischen Administrator in Breslau, Erzbischof *B. Kominek*. Zweck seiner Reise war — dem Vernehmen nach —, das Klima zwischen Regierung und Kirche zu sondieren. Nach seiner Rückkehr nach Rom am 7. Februar erklärte er, daß jene Spannungen, wie sie noch 1966/67 zwischen Kirche und Staat bestanden hätten, nicht mehr vorhanden seien. Gelegentliche Forderungen oder Klagen des Kardinals oder anderer polnischer Bischöfe übergab die Regierung in letzter Zeit. Am auffallendsten zeigte sich diese Mäßigung der Regierung während der Studentenunruhen im März 1968. Damals richtete der Episkopat ein scharfes Protestschreiben an den Ministerpräsidenten *J. Cyrankiewicz* und verurteilte die „Anwendung von Gewalt und polizeilicher Repressalien“. In einer von den Kanzeln verlesenen Stellungnahme forderte er die Respektierung der Grundrechte des einzelnen wie der Gesellschaft in den sozialen Beziehungen (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 244). Hätte früher ein solcher Angriff die scharfe Kritik der Partei und der Massenmedien hervorgerufen, so konzentrierte sich nun die Kritik lediglich auf die fünf Parlamentsabgeordneten der ZNAK-Gruppe, die ebenfalls das gewaltsame Vorgehen der Miliz gegen die Studenten wie die antisemitische Kampagne verurteilt hatte. Diese bekamen sie allerdings um so schärfer zu spüren. Die Bischöfe wurden jedoch verschont. Anspielungen Kardinal *Wyszyński*s auf einen wiedererstehenden Rassismus im Zusammenhang mit der „antizionistischen“ Kampagne und sehr vorsichtig formulierte Spitzen gegen die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR im Hirtenbrief zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit des polnischen Staates, der am 10. November 1968 in allen Kirchen verlesen wurde, blieben in Presse, Rundfunk und Fernsehen ebenfalls unwidersprochen. Der sechs Monate hinausgezögerte Antwortbrief an den „Bensberger Kreis“, dessen Memorandum (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 172 bis 178 und S. 259) der Kardinal bereits im April erhalten hatte und dessen Vorschläge er würdigte, wurde gleichfalls ignoriert. Man legte auch der 50-Jahr-Feier der

Katholischen Universität in Lublin am 20. Oktober 1968, die in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus östlichen und westlichen Ländern begangen wurde, keine Hindernisse in den Weg.

Kontakte zwischen Rom und Warschau

Kardinal Wyszyński erhielt nach dreijährigem Ausreiseverbot erstmals wieder die Erlaubnis, zum ad-limina-Besuch nach Rom zu reisen (vom 6. 11. bis 9. 12. 68), wo auch ein Vertreter der polnischen Botschaft zu seinem Empfang am Bahnhof erschienen war. In den vorausgegangenen zwei Monaten hatten 14 von 62 polnischen Bischöfen ebenfalls zur Berichterstattung nach Rom reisen können, unter ihnen Kardinal *K. Wojtyła* (Krakau), Erzbischof *A. Baraniak* von Posen und Erzbischof *B. Kominek*. Kardinal Wyszyński wurde damals — ein sehr auffälliger Vorgang — vom Papst dreimal empfangen, zuletzt am 7. Dezember 1968 zusammen mit anderen in Rom anwesenden polnischen Bischöfen („Osservatore Romano“, 8. 12. 68). Der Papst betonte zwar die „besondere Mission“ der Bischöfe und die Einheit zwischen Volk und Klerus und Hierarchie in Polen sowie der polnischen Kirche mit dem Papst, enthielt sich jedoch jeden Hinweises auf etwaige Kontakte zwischen Rom und Warschau. Erst nach seiner Rückkehr erklärte Kardinal Wyszyński am 12. Dezember 1968 in Warschau, der Papst habe ihm gegenüber dreimal den Wunsch geäußert, Polen einen Besuch abzustatten. (Ein bereits während der Millenniumsfeiern 1966 geplanter Papstbesuch in Polen war seinerzeit von der Regierung als „ungelegen“ verhindert worden.) Über die Aufnahme von Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan sei nicht gesprochen worden. Dies würde in anderer Form und vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt geschehen. Die Regierung reagierte auf dieses Besuchsangebot zunächst überhaupt nicht. Dagegen zeigte sich „Zycie Warszawy“ (12. 12. 68) über die neue auf Normalisierung der Beziehungen mit allen sozialistischen Ländern gerichtete vatikanische Politik befriedigt, der es zuzuschreiben sei, daß der Besuch der polnischen Bischöfe in Rom nicht als Forum zu Angriffen gegen die „angeblich“ mangelnde Religionsfreiheit in Polen benutzt worden sei. Erst ein Brief Kardinal Wyszyńskis an den Ministerpräsidenten *J. Cyrankiewicz*, der jedoch erst viel später — wohl nicht ohne Absicht des Kardinals — bekannt wurde (vgl. UPI, 15. 4. 69), führte über ein halbes Jahr danach zu einer inoffiziellen Reaktion der Regierung. In einem Artikel des Chefredakteurs der politischen Wochenzeitung „Perspektywy“, *D. Kobielski* (12. 9. 69), gab sie zu verstehen, daß sie einem Besuch des Papstes als eines „offiziellen Gastes unseres Staates“ nichts in den Weg legen würde. Er dürfe jedoch keinen privaten Charakter haben in dem Sinne, daß der Papst lediglich als Pilger und als Gast Kardinal Wyszyńskis nach Polen käme. Das Blatt zitierte die amerikanische Zeitung „Chicago Daily News“, die meinte, ein Besuch des Papstes in den Westgebieten würde deutlich zum Ausdruck bringen, „daß diese Gebiete ein fester Bestandteil Polens seien“. Gerade diese politischen Implikationen dürften einen solchen Besuch vorerst für den Papst wohl unangebracht erscheinen lassen. Als offizieller Gast der polnischen Regierung würde er unweigerlich zu einer Stärkung auch der außenpolitischen Position der Partei und der polnischen Regierung beitragen.

Die Westgrenze und der Vatikan

Die „Westgrenze“ dürfte aber auch das Haupthindernis für direkte Verhandlungen zwischen Warschau und dem Vatikan sein, auch wenn es sich dabei fast ausschließlich um ein außenpolitisches Problem handelt; denn die Bischöfe nehmen die gleiche Position ein wie die Regierung. Ebenso denkt die zu über 90 Prozent katholische Bevölkerung des Landes, für die (über 89%) — wie eine Repräsentativumfrage Ende 1969 ergab — die Oder-Neiße-Grenze die endgültige Grenze Polens ist. Dessen sind sich Regierung und Episkopat in gleicher Weise bewußt. In dieser gerade auch politisch äußerst komplexen Frage, von der außer den beiden polnischen und dem vatikanischen Gesprächspartner auch die Bundesregierung und der deutsche Episkopat betroffen werden, ergriff der polnische Episkopat durch ein dem Papst am 15. Dezember 1969 ausgehändigtes Memorandum „Über die weitere Stabilisierung der kirchlichen Organisation in den polnischen West- und Nordgebieten“ eine neue Initiative (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 93), wohl auch in der Hoffnung, daß auf Grund der Ostpolitik der neuen Bundesregierung der Vatikan leichter zu Konzessionen bereit sei. Darin drangen sie erneut auf die Einsetzung von ordentlichen Residentialbischöfen anstelle der Apostolischen Administratoren und auf eine Neueinteilung der ehemals deutschen Diözesen in den heutigen polnischen West- und Nordgebieten. Auch hierbei wurde deutlich, daß Regierung und polnischer Episkopat am gleichen Strang ziehen. Diese Tatsache spiegelte sich auch in der publizistischen Begleitmusik. Bereits am 7. Oktober 1969 veröffentlichte die offizielle polnische Nachrichtenagentur PAP in ihrer englischen Ausgabe einen längeren Bericht über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat bzw. Polen und dem Vatikan. Konkreter Anlaß war die Abreise einer Reihe polnischer Bischöfe nach Rom (u. a. zur außerordentlichen Bischofssynode). Darin stellte PAP in der vatikanischen Politik und den Besuchen hochgestellter kirchlicher Persönlichkeiten „wie z. B. des Generaloberen der Jesuiten, *P. Arrupe*, und des Generalsekretärs der Bischofssynode, *L. Rubin*, einige Anzeichen von Realismus“ fest. Arrupe hatte im Mai 1969 eine dreiwöchige Inspektionsreise nach Polen unternommen (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 339), während der er fast alle Residenzen des Ordens besuchen konnte. Sein Besuch war von den polnischen Massenmedien stark herausgestrichen worden, während sie den gleichzeitigen Besuch des Generaloberen der Franziskaner, *K. Koser*, so gut wie unbeachtet ließen. Vor seiner Rückreise erklärte Arrupe in einer Pressekonferenz, er habe keinerlei politische Absichten verfolgt, beklagte aber zugleich den provisorischen Status der Kirchenverwaltung in den polnischen West- und Nordgebieten, der seiner Meinung nach für die Beziehungen von Kirche und Staat nicht vorteilhaft sei. Arrupe hatte auch ein Gespräch mit dem Leiter des staatlichen Kirchenamtes, *A. Skarzynski*, wo natürlich „nur“ über die Beziehungen zwischen dem Orden und den staatlichen Behörden gesprochen worden sei. „Perspektywy“ (12. 9. 69) kommentierte diesen Besuch als ein Beispiel dafür, wie die Beziehungen zwischen Staat und Kirche normalisiert werden könnten, wenn einige kirchliche Würdenträger nicht von den tendenziösen Meinungen Polen unfreundlich gesinnter Persönlichkeiten beeinflusst wären. Trotz des Memorandums, dessen wohlwollende und bal-

dige Prüfung der Papst zusagte, und trotz des Wohlgefallens der gegenwärtigen Bundesregierung an einem möglichen Entgegenkommen des Vatikans bei der Regelung der Diözesanverhältnisse in den Oder-Neiße-Gebieten dürfte eine schnelle und grundsätzliche Änderung der vatikanischen Haltung vorerst noch nicht zu erwarten sein. Das widerspräche aller bisherigen vatikanischen Tradition, es sei denn, es käme zu einer einverständlichen Haltung zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat. Der deutsche Episkopat wird jedenfalls in nächster Zeit mit dieser Frage noch sehr viel unmittelbarer konfrontiert werden. Anlässlich von SPD-Besuchen in Rom und der Übergabe des polnischen Memorandums wurde zwar von einem Sprecher des Episkopats erklärt, die deutschen Bischöfe hätten mit guten Gründen gezögert, einer endgültigen Regelung der Bistumsverwaltung in diesen Gebieten zuzustimmen. Es sei nicht Aufgabe der Kirche, Vorleistungen zu treffen, die in erster Linie von politischem Gewicht seien. Pastoral sei eine Neuregelung ihrer Ansicht nach nicht erforderlich.

Die polnischen Bischöfe waren jedoch auch hinsichtlich der pastoralen Bedürfnisse anderer Meinung. Auf der „Jubiläumssitzung“ zum 25. Jahrestag der Eingliederung der ehemals deutschen Gebiete Polens vom 4. bis 6. Mai, wo die Apostolischen Administratoren dieser Gebiete über Entwicklung und Stand der Seelsorge berichteten, wurde das pastorale Problem am Beispiel der Diözese Landsberg vom dortigen Apostolischen Administrator, Bischof *W. Pluta*, aufgeworfen, dessen Seelsorgegebiet ein Siebtel der Gesamtfläche Polens mit zwei Millionen Katholiken umfaßt und von Schlesien bis nach Stettin reicht und — wie er es formulierte — „einfach nach neuer Einteilung, ja, nach Teilung schreit“. Vor allem müßten in Kolberg wie in Cammin in Pommern neue Diözesen errichtet werden. Freilich dürfte sich die Dringlichkeit des Problems in jeder der jetzigen fünf kirchlichen Verwaltungsbezirke (Breslau, Oppeln, Danzig, Allenstein, Landsberg) unterschiedlich stellen. So hat die erhoffte, aber zur Jubiläumssfeier ausgebliebene Antwort des Papstes auf das Memorandum bei den polnischen Katholiken allgemeine Enttäuschung ausgelöst. Der Gedanke einiger Bischöfe, an den deutschen Episkopat einen Appell zu richten, wurde jedoch fallengelassen. Kardinal Wyszyński drang nur erneut, wenn auch zurückhaltend, auf eine Antwort aus Rom und beschwor in seiner Ansprache in stark nationalen Untertönen und mit der Geschichte großzügig umgehend die tausendjährige polnische Vergangenheit und Kultur in den Oder-Neiße-Gebieten. Bischof *F. Tomasek*, der Apostolische Administrator von Prag, brachte als Gast verstärkend die Solidarität der tschechischen und slowakischen Katholiken zum Ausdruck (vgl. dazu den Bericht von *H. Stehle* in der „Zeit“, 8. 5. 70).

Das pastorale Problem hängt für die polnischen Bischöfe aber auch mit der Neuregelung des ehemals deutschen Kirchenbesitzes in diesen Gebieten zusammen, den die Regierung als Feindbesitz konfisziert und zum Staatseigentum erklärt hat und für dessen Benutzung die Kirche hohe Mieten zahlen muß. Daß die polnischen Bischöfe zwischen beiden Fragen einen gewissen Zusammenhang sehen, deutete der Erzbischof von Breslau, *B. Kominek*, an, als er auf der Jubiläumssitzung sagte, werde erst einmal der „letzte Schein der Vorläufigkeit“ beseitigt sein, so könnte dies eine „offene Haltung“ der Regierung erleichtern. Diesen Zusammenhang hatten die Bischöfe bereits in ihrer Erklärung vom 8. April 1970 angesprochen, in der sie

zugleich — einen Schritt weitergehend — eventuelle Verhandlungen zwischen Warschau und dem Vatikan über die Neuordnung der kirchlichen Jurisdiktion in diesen Gebieten unter eigener Beteiligung vorschlugen. Fürchten sie doch, daß die Neuregelung der kirchlichen Verwaltungsgebiete durch den Vatikan *nach* einer politischen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von der polnischen Regierung mit keinem „Entgegenkommen“ mehr honoriert zu werden braucht, das auch insofern als fraglich erscheint, als diese dadurch zweifellos die kirchliche Position in diesen Gebieten stärken würde, woran ihr kaum gelegen sein dürfte. So ist das Verhandlungsangebot der Bischöfe weder von der polnischen Regierung noch vom Vatikan bisher beantwortet worden. Auch der viertägige Polenbesuch des Sekretärs der Propaganda Fide und persönlichen Vertrauten des Papstes, Erzbischof *S. Pignedoli*, Ende April, der auf Einladung des Bischofs von Chelmo, *K. Kowolski*, dem Vorsitzenden der bischöflichen Missionskommission, nach Polen kam, brachte nach dem, was bisher bekannt wurde, kein neues Element in die gegenwärtige Situation.

„Zycie Warszawy“ hatte lediglich bereits im Januar (10. 1. 70) zum unverändert erscheinenden Päpstlichen Jahrbuch für 1970 bemerkt, daß trotz realistischer Ansätze des Vatikans die politischen Interessen Bonns beim Heiligen Stuhl noch immer überwiegen würden. Und im März (24. 3. 70) bezweifelte das Blatt, ob Rom die „bisherige ungemein langsame Anpassung an die europäischen Realitäten noch lange werde fortsetzen können. Man könne aber schwerlich sagen, der Vatikan habe bisher „guten Willen gegenüber Polen bewiesen“.

Zwischen Entspannung und Taktik

Welches sind aber außer der Oder-Neiße-Frage die Gründe für die offensichtliche Zurückhaltung beider Kontrahenten, die in den vergangenen zwei Jahren zu einer fühlbaren Entschärfung der permanenten Konfliktsituation geführt hat? Die Frage gewinnt Gewicht, wenn man hinzunimmt, daß sich die grundsätzliche ideologisch bedingte Einstellung zu Religion und Kirche — zumindest offiziell — nicht geändert hat. Ist sie also nur durch innen- oder außenpolitische Umstände erzwungen, oder vollzieht sich — zunächst noch latent — doch ein gewisser Bewußtseinswandel gegenüber Kirche und Religion? Oder muß man beides zusammen annehmen?

Sicher ist, daß die zentral von Moskau gesteuerte Religionspolitik der Ostblockstaaten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 183—188) in die politischen Gesamtzusammenhänge der Ost-West-Beziehungen überhaupt eingeordnet wird, also die gegenwärtige auf außenpolitische Erfolge angewiesene Moskauer Außenpolitik. Ein gelockteres und toleranteres Verhalten gegenüber den Kirchen, auch wenn sich dieses mehr auf die kirchlichen Führungsspitzen beschränkt, läßt auch den Kommunismus in einem versöhnlicheren Licht erscheinen. Von den zunehmenden Kontakten zwischen dem Vatikan und der nur teilfreien russisch-orthodoxen Kirche dürfte sich Moskau auch einige politisch nutzbare Vorteile erhoffen. Von daher gesehen, würden scharfe kirchlich-staatliche Auseinandersetzungen in Polen sein politisches Kalkül nur stören. Andererseits liegt aber auch dem Vatikan an einer Verbesserung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern überhaupt, von der er sich einen größeren Spielraum für die Seelsorge erhofft. So wird auch er gerade für

die Kirche in Polen auf Zurückhaltung und Mäßigung großen Wert legen, wie skeptisch man auch immer sein mag, ob ein zwischen Rom und Warschau ausgehandelter *modus vivendi* überhaupt größere Freiheiten für die Kirche bringen wird.

In Polen selbst waren aber sicher auch *innen-, partei- und gesellschaftspolitische Gründe* für die Auflockerung maßgebend. Der nach dem Sechstagekrieg im Juni 1967 sozusagen zur offiziellen Lehre erhobene Antizionismus, der im Frühjahr 1968 seinen Höhepunkt erreichte, die durch die Studentenunruhen zur gleichen Zeit und die Intervention in der ČSSR angespannte innenpolitische Lage, die innerparteilichen Richtungskämpfe gerade vor dem fünften Parteitag (vom 11. bis 16. November 1968) blockierten die dogmatischen Kräfte der Partei und des Staates. In einen ideologischen „Zweifrontenkrieg“ wollte und konnte man sich nicht einlassen.

Ein weiterer Faktor spielte eine Rolle. In den letzten Jahren kam es zu einer spürbaren *Umschichtung in den Parteikadern*. Eine neue und jüngere Generation stieg in mittlere und höchste Parteiämter auf. Die Generation der verbitterten Altkommunisten scheidet langsam aus dem politischen Leben aus. An ihre Stelle tritt die Generation der „Realisten“ und „Technokraten“, die sich zwar in ihrer Grundeinstellung zu Kirche und Religion von ihren Vorgängern nicht wesentlich unterscheidet, der aber bewußt ist, daß man das Verhältnis zur Kirche nicht durch Anwendung von Gewalt, durch Polizeimaßnahmen oder durch lächerliche Sticheleien, wie sie noch anlässlich der Millenniumsfeiern praktiziert wurden, regeln kann. Vermutlich hatte S. Stomma, der Vorsitzende der katholischen ZNAK-Gruppe, diese Generation vor Augen, als er in einem Interview mit „Tygodnik Powszechny“ (18. 5. 69) kurz vor den Sejm-Wahlen die Auffassung bestritt, der ständige Konflikt zwischen Kirche und Staat sei ein „unvermeidbares Schicksal“, und jede Art eines *modus vivendi* könne nur als „vorübergehender taktischer Zug“ angesehen werden. Seiner Meinung nach „wächst im kommunistischen Lager die Überzeugung, daß Religion und Kirche bleibende Grundmerkmale des Lebens“ seien und „verliert die Theorie von ihrer reaktionären Funktion an Boden“. Diese Feststellung scheint allerdings nur — bedingt — für Polen zuzutreffen, während etwa in der ČSSR und in Ungarn gerade in jüngster Zeit Verschärfungen zu verzeichnen sind.

Die andere Seite betont — mehr pragmatisch — „die Notwendigkeit einer patriotischen Zusammenarbeit zwischen gläubigen und nichtgläubigen Bürgern für den Aufbau einer besseren Zukunft für alle Polen“ („Głos Pracy“, 22. 5. 69), die aber auch bei bleibender, zumindest offiziell aufrechterhaltener ideologischer Unvereinbarkeit zusammen mit einem langfristigen generationsbedingten Bewußtseinswandel eine praktische Koexistenz ermöglichen könnte.

Dennoch sieht es vorerst mehr nach taktisch bedingter Änderung der Kirchenpolitik aus. Die bisherige Methode hatte darin bestanden, die geschlossene Front von Episkopat, Priestern und Gläubigen wie des Episkopats in sich durch gegenseitiges Ausspielen „fortschrittlicher und realistischer“ gegen „reaktionäre und konservative“ Persönlichkeiten aufzubrechen, ein angesichts der kirchlich-konservativen Prägung der Mehrheit des Episkopats und vor allem seines Primas sehr naheliegendes und nicht allzu schwieriges Unterfangen.

Nicht ganz von der Hand zu weisen ist indes, daß das

Regime in der weltweiten Krise der katholischen Kirche ein willkommenes Mittel sieht, die kirchliche Autorität nicht durch Druck von außen, sondern von innen her zu schwächen; dadurch, daß man durch eine relative Ausweitung des kirchlichen Freiheitsraumes sich eine innerkirchliche Konfliktsituation entwickeln läßt, wie sie in den westeuropäischen Ländern besteht und sich verschärft, in den osteuropäischen Staaten aber noch nicht oder erst in Ansätzen vorhanden ist (vgl. Herder-Korrespondenz, 23. Jhg., S. 339). Dieser Gefahr dürften sich aber auch die energischsten, zahlenmäßig noch allzu schwachen Verfechter innerkirchlicher Reformen in Polen bewußt sein. Innerkirchliche Gärungen und Konflikte, die die bisherige Geschlossenheit der polnischen Kirche aufbrechen und sie dadurch gerade gegenüber dem Regime schwächen würden, kämen zwar den kirchenpolitischen Überlegungen des Staates einerseits entgegen, bergen aber zugleich die Gefahr in sich, indirekt auf den gesellschaftlich-ideologischen Bereich überzugreifen. Daher könnten faktische Überlegungen der Regierung in dieser Richtung auch zu nichterwünschten Rückwirkungen auf die Gesellschaft führen.

Weiterbestehende Spannungsfelder

Daß taktische Gesichtspunkte nicht unterschätzt werden dürfen, zeigt sich schon daran, daß trotz der Auflockerung der beiderseitigen Fronten die Ursachen der Spannungen keineswegs beseitigt sind und die *Politik der kleinen Schikanen* weitergeht. Diese Tatsache veranlaßte den Episkopat noch vor einem Jahr, in einem Kommuniqué, das am 8. Juni 1969 von den Kanzeln verlesen wurde, dem Regime im Sinne einer Bestandsaufnahme eine Liste von sechs Beschwerdepunkten zu präsentieren: 1. Katholiken bestimmter Berufsgruppen müssen mit beruflichen Nachteilen und Repressalien von seiten des Arbeitgebers und der örtlichen Behörden rechnen, wenn sie am religiösen Leben ihrer Pfarrei teilnehmen. 2. Die katholische Presse ist nach Auflagenhöhe und Inhalt beschränkt. 3. Es besteht keine Möglichkeit für Katholiken, nach ihrer Überzeugung durch eine unabhängige Vertretung am Leben des Staates teilzunehmen. 4. Man verweigert die Erlaubnis zur Errichtung neuer Kirchenbauten und Pfarreien, zur Beschaffung neuer Räume für den Religionsunterricht. 5. Man hat alle kirchlich geleiteten Kindergärten geschlossen und eine Wiedereröffnung bisher nicht zugelassen. 6. Eine Regelung der Eigentumsfrage am ehemaligen deutschen Kirchenbesitz in den West- und Nordgebieten steht ebenfalls noch aus.

Dies war die dritte Beschwerde des Episkopats innerhalb eines kurzen Zeitraums. Bereits am 3. Mai und am 5. Juni hatte Kardinal Wyszyński in Predigten, wenn auch zurückhaltend in Ton und Formulierung, größere Freiheit für die Kirche in den genannten Punkten verlangt. Gerade in der Frage des *Kirchenbaues* sind die administrativen Beschränkungen besonders hart. In der Regel ist der Bau von Kirchen in der Städteplanung nicht enthalten. Sind dennoch Neubauten vorgesehen, so wird die Erlaubnis später oft zurückgezogen. Modell einer Verzögerungstaktik ist der Fall des Neubaus einer Kirche in der Krakauer Trabantenstadt Nova Huta, die als Symbol des neuen sozialistischen Polens gilt. Nach über achtjährigem Hinauszögern hatte ZK-Sekretär Z. Kliszko Mitte 1965 mündlich den Bau zugesagt, die offizielle Erlaubnis jedoch wurde erst im November 1967 gegeben. Mit dem Bau

begonnen wurde Anfang Dezember 1967, und am 18. Mai 1969 konnte endlich der Grundstein gelegt werden. Die Parteipresse verweist entgegen der bischöflichen Kritik gewöhnlich auf die absolut höhere Anzahl von Kirchen im heutigen im Vergleich zum Vorkriegspolen. So gab z. B. „Zycie Warszawy“ (15. 12. 67) die Vorkriegszahl der Kirchen und Kapellen 1937 in Polen mit 7200 an, während sie 1965 auf 12 000 gestiegen sei. „Glos Pracy“ (10. 7. 69) nennt als Zuwachsrate drei bis sechs Kirchen und Pfarreien jährlich, und PAP (23. 3. 70) berichtet, am 1. Januar 1937 habe es 5152 katholische Pfarreien gegeben, heute hingegen 5287. Den damaligen 99 Ordenspfarreien stünden heute 361 gegenüber.

Dabei wird aber wohlweislich die veränderte Vergleichsbasis verschwiegen, nämlich die territorialen Änderungen und die Bevölkerungsverschiebung nach 1945 sowie das Anwachsen der Städte. Auch mit dem Hinweis auf den Vorrang des Baues von Krankenhäusern und Schulen werden Kirchenbauten gewöhnlich hinausgezögert oder verweigert. Auch wurde hin und wieder gewaltsames Eingreifen örtlicher Behörden registriert. So wurde z. B. Anfang März ein nicht genehmigter Anbau für eine zu kleine Kirche in der Ortschaft Chodkow in der Wojwodenschaft Rzeszow von der Miliz wieder niedergerissen, wobei es zu handgreiflichen Zusammenstößen zwischen Miliz und Gläubigen kam. Die Bischöfe reagierten auf den Vorfall mit einem Protestschreiben an die Regierung.

Ähnlich reagierte die offizielle Propaganda auf die *Kritik des Episkopats an den Presse- und Informationsbeschränkungen*, indem sie Zahlenmaterial veröffentlicht (z. B. PAP, 23. 3. 70), das beweisen soll, wie gut sich doch die katholische Presse heute gegenüber früher stehe. Danach würden in Polen heute 54 katholische Zeitschriften erscheinen. 20 von katholischen Diözesankurien herausgegebene Zeitschriften hätten eine Auflage von 200 000 Exemplaren, und die Gesamtauflage von Zeitschriften, die von katholischen sozialen Organisationen herausgegeben werden, betrage über 350 000. „*Slowo Powszechne*“, die von der regimeabhängigen PAX-Vereinigung herausgegebene Tageszeitung, erreiche eine Auflage von 90 000 an

Werktagen und von über 180 000 Exemplaren an Sonntagen. Demgegenüber — und das rückt diese offiziellen Angaben in die richtige Perspektive — kommt das reformfreudige, Kardinal Wojtyła nahestehende ZNAK-Organ „*Tygodnik Powszechny*“ als Wochenzeitung nur auf 40 000 Exemplare. Diesen Berichten widersprach der Episkopat energisch. So erklärte Kardinal Wyszyński auf einer Konferenz der Dekane des Erzbistums Warschau, die Lage der Kirche in Polen werde dadurch erschwert, „daß wir eigentlich keine katholische Presse besitzen“ und der noch funktionierende Teil „nach Diktat“ und bestimmten „Rezepten“ schreiben müsse. Man wird diese Pressekritik des Kardinals allerdings so verstehen müssen, daß sie nicht nur gegen die Regierung gerichtet war, die keine volle Pressefreiheit zuläßt und den Katholiken keine Chancengleichheit einräumt. Der Kardinal meinte damit wohl ebenso seiner Meinung nach nichtkirchkonforme Veröffentlichungen in den vorhandenen katholischen Organen. Und er meinte damit gewiß nicht nur die vielfach mit der Partei kollaborierenden PAX-Organen (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 519), sondern die reformfreudigeren katholischen Presseorgane überhaupt.

Wie immer man die Einzelfakten beurteilt, läßt sich gegenwärtig noch kein endgültiges Urteil darüber fällen, ob es zu einem *modus vivendi* zwischen Kirche und Staat kommen, wie er aussehen und vor allem wie er praktiziert werden wird. Insgesamt hat man jedoch den Eindruck, die polnische Kirche hat institutionell das Hindernissen mit dem politisch-weltanschaulichen Gegner intakt, wenn vielleicht auch nicht ohne Verluste an Eigenaktivität überstanden. Die jüngere Generation der Parteifunktionäre scheint daraus zu lernen. Die Kirche dürfte daher, was die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Partei angeht, einer etwas ruhigeren, wenn auch keiner leichten und von Zusammenstößen freien Zukunft entgegengehen. Es steht zu hoffen, daß sie und vor allem ihre Führung diese Periode relativer Entspannung nützt, um dem dringlich gewordenen innerkirchlichen Dialog mehr Raum zu geben.

Dokumentation

Das Motu proprio „Matrimonia mixta“

Am 29. April, wegen inoffizieller Vorausveröffentlichung einen Tag früher als vorgesehen, wurde in Rom das seit langem erwartete und wiederholt angekündigte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 149) neue Mischehendekret in Form eines päpstlichen *Motu proprio* der Öffentlichkeit übergeben und in einer Pressekonferenz von den beiden Kardinälen P. Felici, Präsident der Kommission für die Kodexreform, und J. Willebrands, Präsident des Einheitssekretariats, erläutert. Das *Motu proprio* („*Matrimonia mixta*“) markiert nach der Instruktion der Glaubenskongregation („*Matrimonii sacramentum*“) vom 18. März 1966 (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 168 f.) eine zweite Etappe in der Fortentwicklung der katholischen Mischehengesetzgebung, weswegen zur Beurteilung des jetzigen Dekrets auch jenes frühere Dokument herangezogen werden muß. Ebenso ist das Dekret der Ostkirchenkongregation vom 22. Februar 1967 zu beachten (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 155), das für Mischehen mit den Orthodoxen insofern eine eigene Regelung traf, als es die katholische Eheschlie-

ßungsform nur für die Erlaubtheit, nicht aber für die Gültigkeit der Eheschließung vorschreibt. Das Dekret der Ostkirchenkongregation behält auch nach dem neuen *Motu proprio* seine Gültigkeit und damit bleiben auch die unterschiedlichen Regelungen für den Bereich der Orthodoxie und der Kirchen der Reformation. Andererseits gelten die neuen Bestimmungen des *Motu proprio* nicht nur für Mischehen zwischen Christen, sondern soweit anwendbar auch für Ehen zwischen Katholiken und Nichtchristen. Die Religionsverschiedenheit (*disparitas cultus*) bleibt trennendes, die Konfessionsverschiedenheit (*mixta religio*) aufschiebendes Ehehindernis. Dispensieren kann in beiden Fällen der Ortsbischof. Als päpstlichem Dekret kommt „*Matrimonia mixta*“ ein höherer Rang zu als der seinerzeitigen Instruktion der Glaubenskongregation. Dies dürfte für die Berücksichtigung seiner Bestimmungen bei der künftigen Kodexreform, auf die sich nun Hoffnungen für eine weitere Klärung richten, nicht ohne Bedeutung sein. Der lateinische Wortlaut des Dekrets, der das Datum vom 31. März